



DPG-Stellungnahme – März 2020

Unser DPG-Mitglied **Dr. Martin Breidert** wird oft und bewusst falsch zitiert, ihm Aussagen und Formulierungen, die er nicht ausgesprochen hat, unterstellt. Vorsichtshalber hat er seine Rede für die DPG anlässlich einer Kundgebung gegen den Trump-Plan am 7.3.2020 in Bonn vorab den Medien zur Verfügung gestellt.

Diese Vorgehensweise möchten wir allen empfehlen, die in ähnliche Situation geraten.

Liebe Freunde der Menschenrechte und des Völkerrechts,
ich spreche zu Ihnen als Vertreter der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft. Sie ist das Gegenstück zur Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Es gibt allerdings einen gravierenden Unterschied. Die Deutsch Israelische Gesellschaft erhält jährlich mehr als 2 Mill. Euro Bindemittel, die Deutsch Palästinensische Gesellschaft keinen einzigen Cent. Ich sprach schon einmal hier in Bonn bei einer Kundgebung.

Die AStA-Studentenzeitung der Universität Bonn unterstellte mir in einem Artikel Sätze, die ich nachweislich nicht gesagt hatte. Ich ging dagegen juristisch vor - erfolgreich. Die Studentenzeitung musste ihre Exemplare einstampfen. Damit nicht wieder eine studentische Zeitung oder sonst wer mit falschen Tatsachenbehauptungen kommt, habe ich auch heute meine Rede für die Presse hinterlegt.

Liebe Freunde der Menschenrechte, wir lassen uns nicht mit falschen Tatsachenbehauptungen in eine antisemitische Ecke stellen. Wir wissen uns dagegen zu wehren, notfalls mit juristischen Mitteln. Dies vorneweg.

Der US-amerikanische Präsident Trump hat nach Jahren der Ankündigung, er würde den „Deal des Jahrhunderts“ vorlegen, vor einigen Wochen die Katze aus dem Sack gelassen. Schaut man sich diesen Plan an, dann ist er nichts anderes als ein Wunschkatalog, den Netanjahu mit Trumps Schwiegersohn Kushner zusammengestellt hat:

- Annektierung von ganz Jerusalem als Hauptstadt Israels
- Annektierung des Jordantals
- Die völkerrechtlich illegalen Siedlungen sollen offiziell zu Israel gehören.

Die Palästinenser wurden dazu nicht gefragt. Es ist kein Friedensplan, sondern ein Diktat. Kein Jahrhundertplan, sondern der Betrug des Jahrhunderts. Die Palästinenser sollen ein Diktat von Trump/Netanjahu unterschreiben. Sie hatten schon einmal unterschrieben - die Oslo-Verträge. Doch was haben sie bekommen? Nichts!

Der Trump-Plan verspricht den Palästinensern 50 Milliarden Dollar. Aber die sollen nicht von den USA, sondern von anderen Ländern aufgebracht werden. Zu einem großen Teil handelt sich dabei um Luftbuchungen. Ja, der ganze Trump-Plan ist eine einzige Luftbuchung.

In den USA fordern Rassisten wie vor 150 Jahren die zur sog. White Supremacy, d.h. die Vorherrschaft der Weißen gegenüber Afroamerikanern und Latinos. Wie die Wahlen in Israel gezeigt haben, denken viele jüdische Israelis ebenso rassistisch oder noch rassistischer. Sie meinen, sie könnten für immer die Palästinenser unterdrücken und rechtlos halten.

50 ehemalige europäische Spitzenpolitiker haben sich in scharfen Worten gegen den Nahostplan von Donald Trump gewandt. Sie verlangen von Europa, dass es sich dem Trump-Plan widersetzt. Sie weisen darauf hin, dass der Trump-Plan internationalem Recht widerspricht. Die 50 europäischen Politiker erklären, der Trump -Plan würde im Ergebnis einen Apartheid-Staat schaffen.

Sie sagen wörtlich „Die dem Plan zu Grunde liegende Landkarte sieht palästinensische Enklaven unter dauerhafter militärischer Kontrolle Israels vor, die erschreckend an Südafrikas ‚Bantustans‘ erinnert.“

Zu den 50 Unterzeichnern der Erklärung gehören der frühere deutsche Außenminister **Sigmar Gabriel** von der SPD und der frühere Präsident des Europäischen Parlaments **Hans-Gert Pöttering**, der Mitglied der CDU ist.

Die Unterstützer der israelischen Politik behaupten immer wieder, man könne das israelische Besatzungsregime nicht mit der Apartheid in Südafrika vergleichen. Das kann man tun, ist aber gar nicht nötig. Denn das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes kennt Apartheid als Kriegsverbrechen. Dazu muss man keine Parallelen zu Südafrika ziehen. Sogar die israelische Zeitung „Jediot Achronot“ schreibt: „Mit oder ohne Trumps Plan marschieren wir in Richtung eines einzigen Staates, eines Apartheid-Staates, zwischen dem Jordan-Fluss und dem Mittelmeer.“

Die USA mögen noch so mächtig sein, Israel mag mit einem noch so ausgeklügelten Sicherheitsapparat die Palästinenser unterdrücken und schikanieren, sie werden auf Dauer die Rechte der Palästinenser nicht verhindern können. Als ich vor einigen Jahren im besetzten Palästina war, sagten Palästinenser immer wieder: Wir haben seit Jahrtausenden immer wieder Unterdrückung durch fremde Mächte erlebt, wir werden auch die jüdische Besatzung überleben. Wenn wir es nicht erleben, dann unsere Kinder oder unsere Enkel. Ich habe die Hoffnung, dass das Wahlergebnis in Israel immer mehr Menschen bewusst macht, welcher rassistischen Logik die israelische Politik folgt. Man kann nicht in Deutschland gegen Rassismus demonstrieren, aber gleichzeitig die rassistische Politik Israels tolerieren oder gar gut heißen.

Wir fordern dagegen

- die Beendigung des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus,
- Wir fordern die Beendigung der brutalen israelischen Besatzung und den Rückzug aus allen Gebieten, die Israel 1967 erobert hat und völkerrechtswidrig besetzt hält.
- Wir fordern die Freilassung aller politischen palästinensischen Gefangenen aus den israelischen Gefängnissen.
- Wir fordern die gleichen Rechte für Palästinenser wie für jüdische Israelis, d.h. die Achtung der Menschenrechte, d.h. die gleichen politischen Rechte.
- Wir fordern von der Bundesregierung, das internationale Strafrecht zu respektieren
- Wir fordern, dass die Bundesregierung den Internationalen Strafgerichtshof bei der Ermittlung und Verfolgung von Kriegsverbrechen im besetzten Palästina unterstützt, statt ihn behindern zu wollen.

In Israel ist die Menschenrechtsorganisation B'Tselem aktiv. Diese jüdisch-israelische Organisation unterstützt Palästinenser bei ihren Anstrengungen, ihre Menschenrechte einzufordern. Der hebräische Name der Organisation B'Tselem bedeutet Gottebenbildlichkeit. Im ersten Kapitel der hebräischen Bibel heißt es: Gott schuf die Menschen als Ebenbild Gottes. Die Menschenwürde muss für alle Menschen gelten, unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion. Palästinenser haben dieselbe Menschenwürde wie jüdische Israelis.

Mensch ist Mensch - das muss die Grundlage jeder Rechtsordnung sein - auch in Israel/Palästina. Wir sind keine Antisemiten, auch wenn uns das immer wieder unterstellt wird. Wir fordern allerdings, dass die Menschenrechte für Palästinenser ebenso Geltung haben müssen wie für Juden, ob sie in Israel oder in Deutschland oder sonst irgendwo leben.
Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Das Grußwort des DPG-Präsidenten **Nazih Musharbash** anlässlich der Eröffnung der 9. Filistina der Palästina-Initiative in Hannover am 25.02.2020

Ihre Exzellenz Frau Botschafterin Dr. Daibes, liebe Khouloud,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Hermann
sehr geehrter Herr Wolf,
sehr geehrte Frau Wortmann, liebe Astrid
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Präsidiums der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft möchte ich mich für die Einladung herzlich bedanken. Dank gebührt der weltoffenen Stadt Hannover für die jahrelange Begleitung und für die Übernahme der Schirmherrschaft über das Festival, und auch allen Akteuren des „Festivals für Kultur und Politik in Palästina“ besser als „Filistina“ bekannt, das nun zum 19. Mal stattfindet. Auf den Vortrag von Herrn Wolf bin ich besonders gespannt, weil ich meine Schulzeit bis 1965 im Internat der Evangelisch-Lutherischen Schule in Beit Jala, ehemals Thalitha-Kumi, verbracht und selbst die Theodor-Schneller-Schule in Amman übergangsweise geleitet habe.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn man das Wort Palästina hört, denkt man als erstes an den Nahostkonflikt. Der Filistina ist es jedoch immer ein Anliegen, die Menschen in Palästina und ihre Kultur in den Blick zu rücken. Palästina wird nicht nur aus politischer, sondern soll auch aus kultureller Perspektive gesehen werden. Die Vielfalt der Angebote im Rahmen dieser traditionellen Veranstaltung will informieren und aufklären.

Information und Aufklärung durch Vorträge, Diskussionen, Film, Theater und Podien, als Hauptsäulen der politischen Bildung, sind unerlässlich. Der mündige Bürger möchte sich ein Bild von kontroversen Themen machen und sich seine eigene Meinung bilden dürfen.

Wir, von der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft und anderen Palästina-Solidaritätsgruppen, setzen uns für die Einhaltung der Menschenrechte, des Völkerrechts und der international anerkannten Vereinbarungen in Israel und Palästina ein. Verstöße gegen das Menschenrecht oder das Völkerrecht auf beiden Seiten müssen kritisiert werden. Das ist unsere Bürgerpflicht.

Bedauerlicherweise werden uns in der letzten Zeit mit dem Vorwurf des Antisemitismus, immer wieder Hindernisse in den Weg gelegt und zwar durch die bewusste Gleichsetzung der berechtigten Kritik an der israelischen Politik

Diese Unterstellung, wir seien antisemitisch, weil wir die Politik Israels kritisieren, erschwert unsere Arbeit, weil aus diesem Grund oft Räumlichkeiten nicht zur Verfügung gestellt oder Referenten vorab unter Druck gesetzt werden.

Die große Diskrepanz zwischen der Volksmeinung und der herrschenden Sturheit der Politik in Bezug auf Palästina möchte ich im Rahmen der aktuellen politischen Entwicklung nach dem so genannten „Jahrhundert-Friedensplan“ von Präsident Trump verdeutlichen. Die UNO, die EU und somit auch die Bundesregierung lehnen diese Pläne, übrigens wie alle Palästinenser, als einseitig und nicht konform mit den internationalen Vereinbarungen ab. Alle, UNO, EU und die Bundesregierung drücken ihre Kritik leider nur verbal aus, sehen aber tatenlos zu, wie weiteres Unrecht geplant und umgesetzt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, nach einer Erhebung spricht sich eine Mehrheit von über 80% der deutschen Bevölkerung für die Gründung eines Staates Palästina in den Grenzen von 1967 aus. Die Mitglieder des Bundestages müssten eigentlich, da sie das Volk vertreten, ein Spiegelbild der Bevölkerung sein - und deshalb ist die Anerkennung eines palästinensischen Staates die einzige politische vernünftige Antwort auf die Machenschaften des US-Präsidenten.

Was die Palästinenser fordern ist das, was ihnen zusteht. Nicht mehr und nicht weniger.

Leben ohne Besatzung - in einem gerechten Frieden in Freiheit und Würde.

Ich wünsche dem Festival einen guten Verlauf und viel Erfolg und Ihnen herzlichen Dank.

Unsere Empfehlung

Als Anlage übermitteln wir Ihnen eine hervorragende Abhandlung von **Martin Beck**, vom German Institute of Global and Area Studies (GIGA) Hamburg zum Thema

Israels politisches System –keine Demokratie

Mit keinem anderen Staat im Nahen Osten unterhält Deutschland so enge Beziehungen wie mit Israel. Dies wird häufig mit geteilten demokratischen Werten begründet. Aber handelt es sich beim politischen System Israels um eine Demokratie? In der Wissenschaft wird diese Frage kontrovers diskutiert. Eine genaue Antwort hängt vom zugrunde gelegten Demokratiebegriff ab.

DPG-Jahrestagung

12.-14- Juni 2020 im Koptisch-Orthodoxen Kloster in Höxter

Die Rolle der Frau in Palästina